

Albrecht von Lucke

Israel – Palästina: Der Schock nach dem Schock und das zweifache Trauma

Die Welt der Israelis, aber auch von Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt, teilt sich seit dem 7. Oktober in ein davor und ein danach. Denn dieses Datum steht für einen zweifachen Schock. Für Israelis wird der 7. Oktober 2023 immer der Tag sein, an dem sie das Vertrauen in die absolute Verteidigungsfähigkeit ihres Staates als die sichere Heimstatt aller jüdischen Menschen verloren haben. Das ist die einschneidendste Zäsur für das israelische Selbstverständnis seit dem Jom-Kippur-Krieg vor 50 Jahren.¹

Doch das war nur der erste Schock, dem sofort ein zweiter folgte: Die Empathie mit den Ermordeten und ihren Hinterbliebenen, wenn sie denn überhaupt zu erkennen war, war auch im Westen ausgesprochen flüchtig. Der kurzen Empörung über die ungeheuren Verbrechen der Hamas folgte mit Beginn der Gaza-Offensive der sofortige Umschlag zum Israel- und Judenhass.

Die Logik der Hamas geht auf: Umso größer der Abstand zu ihren Morden und umso brutaler die Bilder der von der israelischen Armee getöteten und verletzten Kinder im Gazastreifen, umso manifest wurde und wird der Antisemitismus. Das ist der Kern des jüdischen Dramas: Dass das Leben von Jüdinnen und Juden seit dem 7. Oktober nirgends mehr sicher ist, weder in Israel noch in der Diaspora.

Dieser Schock gilt in besonderem Maße für Deutschland, dem Urheber des Holocausts. Deutschland ist für Jüdinnen und Juden wieder zum „Angst-

land“ („Der Spiegel“) geworden. Der zweifellos gut gemeinte Slogan „Nie wieder ist jetzt“ muss in ihren Ohren wie Hohn klingen. Denn faktisch gilt das Gegenteil: „Wieder ist jetzt!“ Wieder werden jüdische Wohnungen und Häuser mit dem Davidstern markiert, werden Brandanschläge auf Synagogen verübt. Wieder haben Jüdinnen und Juden das Gefühl, in Deutschland nicht mehr sicher zu sein. Wieder müssen sie in Deutschland ihr Jüdischsein verstecken, müssen sie froh sein, wenn sie ihren Kindern keinen jüdischen Namen gegeben haben, kurzum: Wieder müssen sie sich unsichtbar machen.

Was wir erleben, ist der Rückzug jüdischen Lebens aus der deutschen Öffentlichkeit. So hat die Israelitische Kultusgemeinde München die Wochenzeitung „Jüdische Allgemeine“ gebeten, die Exemplare in neutralen Umschlägen an ihre Abonnenten zu versenden. Die fatale Konsequenz: Bevor sie überhaupt entstehen konnten, ist es mit der jüdischen Normalität in Deutschland wieder vorbei. Denn in der Öffentlichkeit fand jüdisches Leben bisher ohnehin fast nicht statt.

Gewiss, schon lange vor dem 7. Oktober waren speziell Teile Berlins für jüdische Menschen faktisch No-go-areas. Bereits vor über zehn Jahren bezeichnete die Amadeu-Antonio-Stiftung den Antisemitismus in „großen urbanen Wohnquartieren mit überwiegend muslimischer Wohnbevölkerung“ als ein massives Problem,² wurde Jüdinnen und Juden abgeraten, sich etwa

1 Richard C. Schneider, Israels 9/11. Der Terror der Hamas und das israelische Dilemma, in: „Blätter“, 11/2023, S. 43-52.

2 Albrecht von Lucke, Der immergrüne Antisemitismus, in: „Blätter“, 12/2012, S. 13-17.

in Neukölln mit der Kippa auf die Straße zu begeben. Der große Unterschied zu damals ist jedoch die neue „Qualität“ des Antisemitismus, der nun offen das Ende Israels und den Tod aller Juden fordert. Dieser eliminatorische Antisemitismus wird demonstrativ auf Deutschlands Straßen zur Schau gestellt. Und das keineswegs nur in Berlin, sondern auch in Essen, wo auf einer Demonstration von einigen Teilnehmern mit al-qaida-ähnlichen Plakaten und Spruchbändern für die Vernichtung Israels geworben wurde – und ganz nebenbei für ein islamistisches Kalifat auch in Deutschland.

Kurzum: Der Hass, gerichtet gegen Israel und die Judenheit insgesamt, ist scheinbar grenzenlos. Die Konsequenz daraus: In dem Maße, in dem die antisemitische Stimmung in der Diaspora zunimmt, wächst die Bedeutung Israels als letzter Zufluchtsort für die Juden insgesamt – und dies im Moment seiner größten Bedrohung. Dass die Sicherheit Israels deutsche Staatsraison sei, wie seit der Regentschaft Angela Merkels unentwegt behauptet, bekommt damit eine völlig neue, tatsächlich existenzielle Bedeutung.³ Doch umgekehrt gilt auch: In dem Augenblick, da Israel die Sicherheit der Jüdinnen und Juden nicht mehr garantieren kann, wird die Sicherheit in der Diaspora entscheidend. Und genau hier liegt die primäre Verantwortung Deutschlands im Sinne seiner Staatsraison: Wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger müssen auch Jüdinnen und Juden in diesem Land sicher leben können. Wenn daher Bundeskanzler Olaf Scholz auf der zentralen Gedenkfeier zum 85. Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November in der Berliner Beth-Zion-Synagoge sagte: „Nie wieder – das gilt. Heute. Morgen. Für alle Zeit“, dann ist das ein enormes Versprechen, das bereits in den letzten Wochen allenfalls teilweise eingelöst wurde.

3 Vgl. auch: Meron Mendel, Israels Sicherheit als deutsche Staatsraison: Was ist das Postulat wert?, in: „Blätter“, 4/2023, S. 57-64.

Die Folge von alledem: Jüdinnen und Juden in Deutschland erleben eine Retraumatisierung, und zwar nicht nur die direkten Holocaust-Opfer, sondern auch ihre Nachkommen.

Das Trauma der »Nakba«

Es gibt allerdings noch eine zweite, auf der ganzen Welt verstreute Gruppe von Menschen, die gegenwärtig eine brutale Retraumatisierung erlebt. Auch die Palästinenserinnen und Palästinenser sind seit Jahrzehnten traumatisiert – als Folge der Nakba, arabisch für Katastrophe, sprich: ihrer Flucht und Vertreibung vor 75 Jahren aus dem heutigen israelischen Staatsgebiet. Seither leben große Teile des palästinensischen Volkes faktisch als Heimatlose, in besetzten Gebieten wie im Westjordanland, im Gaza-Streifen oder in den vermeintlichen arabischen Bruderstaaten, wo sie oft noch immer in Lagern hausen und allenfalls geduldet werden.⁴ Deshalb herrscht in der palästinensischen Community ein tiefsitzendes Gefühl, nicht gehört und gesehen zu werden, das nun von den Islamisten der Hamas spielend ausgenutzt werden kann. Denn mit den Bildern Tausender Toter im Gazastreifen, darunter unzählige Kinder, wächst tagtäglich die Empörung.

Zweifelloso ist das Leid der Menschen universell und lässt sich nicht gegeneinander aufrechnen. Der Schmerz einer Palästinenserin in Gaza, die den Tod ihres Kindes betrauert, ist genauso groß wie der einer Israelin im von der Hamas überfallenen Kibbuz. Deshalb wäre es verheerend, wenn jetzt hierzulande durch überstrenge Demonstrationseinschränkungen der Eindruck bei Palästinensern noch verstärkt würde, dass ihr Leid weniger gesehen wird als

4 Ende 2022 waren 5,9 Millionen, das sind rund 40 Prozent sämtlicher Palästinenserinnen und Palästinenser, bei der UNRWA, dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge, als Flüchtlinge registriert.

das der Israelis. Natürlich ist es völlig berechtigt – und auch grundgesetzlich geschützt –, dass Palästinenser gegen den Krieg in Gaza protestieren und auf die Straße gehen dürfen. Die Grenze ist jedoch da erreicht, wo Antisemiten aller Couleur die Trauer instrumentalisieren und mit der Hetze gegen Israel und die Juden verbinden.

Ja, es sind zwei Traumata, die Israelis und Palästinenser eigentlich sogar in ihrem Schmerz verbinden könnten. Und dennoch kommt es im konkreten Fall darauf an, klare Unterscheidungen zu treffen. Es gilt, die je für sich betrachtet höchst brutalen Tötungen auf beiden Seiten begrifflich auseinander zu halten – und Ursache und Folge nicht zu verdrehen. Denn genau das Letztere wollen die Terroristen erreichen. Deshalb ist es erforderlich, eines festzuhalten: Der ursprüngliche Angreifer ist die Hamas. Ihr terroristisches Morden war absolut illegitim und demonstriert, wie wenig sie an einer friedlichen Lösung des Konflikts interessiert ist. Das zeigt die Grenzen jeder „Kontextualisierung“, auf die mit der gebotenen Schärfe unsere Herausgeberin Seyla Benhabib hinweist.⁵

Israel dagegen hat das Recht auf Selbstverteidigung, wenn auch nur in den Grenzen des humanitären Völkerrechts. Diese Grenzen werden jedoch teilweise massiv überschritten, etwa wenn die israelische Regierung Gaza von jeglicher Versorgung abschneidet und bei Bombardierungen den Tod von unverhältnismäßig vielen Zivilisten in Kauf nimmt. Dennoch hat Israel sogar die Pflicht, aus seiner eigenen Staatsraison heraus, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen – und daher die Hamas entschieden zu bekämpfen. „Nie wieder Opfer“, ist die Lehre des jüdischen Staates aus der Shoah, aus der fundamentalen Erfahrung, dass Jüdinnen und Juden in der Geschichte am Ende stets alleine standen.

Das ist zugleich das fürchterliche israelische Dilemma: Einerseits ist es notwendig, diesen Krieg zu führen, um die Hamas nicht durch eigene Passivität gleich zum nächsten Terrorüberfall einzuladen. Andererseits werden damit genau die Bilder erzeugt, auf die die Hamas abzielt. Indem die Terroristen Zivilisten als Schutzschilde vor ihren Militäreinrichtungen, wohl selbst in Krankenhäusern, benutzen, setzen sie bewusst auf deren Tötung, um so den Hass zu schüren, wie es das Mitglied des Hamas-Politbüros Khaled Meshaal mit Eiseskälte legitimiert: „Dreißig Millionen Russen starben, um Deutschland zu besiegen.“⁶ Will heißen: Für die in der Charta der Hamas geforderte Vernichtung Israels sind wir bereit, noch sehr viel mehr palästinensische Zivilisten zu opfern als bisher.

Die blutige Saat der Hamas

Die Bilder der Proteste rund um die Welt zeigen: Die blutige Saat der Hamas geht auf. Mit jeder neuen Phase des Gazakrieges wächst die Verzweiflung der Palästinenser und damit auch die Wut gegen Israel und die Juden.

Aus diesem fürchterlichen Dilemma gibt es für Israel kein Entrinnen. Die einzige Möglichkeit – und zugleich Notwendigkeit – besteht darin, diesen Krieg unter möglichst großer Schonung der Zivilisten zu führen. Wenn Israel, das seine Truppe offiziell als „The worlds most moral army“ bezeichnet, diesem Anspruch tatsächlich gerecht werden will, dann verlangt dies ein möglichst langsames und vorsichtiges Vorrücken am Boden – und zugleich regelmäßige Kriegspausen, damit die Zivilisten die umkämpften Gebiete verlassen können. Zudem müssen weit mehr Lebensmittel, Medikamente und Treibstoff nach Gaza gelangen als bisher. Andernfalls wird die schon

5 Siehe den Beitrag von Seyla Benhabib in dieser Ausgabe.

6 Siehe den Beitrag von Simon Sebag Montefiore in dieser Ausgabe, hier S. 62.

jetzt katastrophale humanitäre Lage auch infolge der weitgehend zerstörten Krankenhäuser nur noch hoffnungsloser werden.

Angesichts des zweifachen Traumas ist es mit der alleinigen Unterstützung Israels nicht getan. Wenn Deutschland tatsächlich ein „Land mit Migrationshintergrund“ ist, wie der Bundespräsident soeben erklärt hat, dann gilt seine Fürsorgepflicht nicht nur seinen jüdischen Mitbürgern, sondern auch den palästinensischen. Denn die Katastrophe der Nakba steht in direktem Zusammenhang mit der durch Deutschland verursachten Katastrophe der Shoah. Der Holocaust machte aus der Gründung des Staates Israel eine existenzielle Notwendigkeit für alle Jüdinnen und Juden. Für die darauffolgende Nakba trägt damit Deutschland zumindest eine Mitverantwortung.

Und ein weiteres kommt hinzu: Das aktuelle Elend in Palästina ist auch eine Folge der bisherigen deutschen Passivität gegenüber Israel. Während man den Begriff der Staatsraison mit Bezug auf Israel seit Jahren wie eine Monstranz vor sich hergetragen hat, wurde der Palästina-Konflikt aus falsch verstandener, kritikloser Solidarität mit Israel viel zu lange negiert, wurde das verhängnisvolle Agieren der jeweiligen, zunehmend rechter werdenden, Regierungen in Tel Aviv stillschweigend hingenommen.

Jetzt aber, da der Bewährungsfall für die deutsche Staatsraison eingetreten ist, ist plötzlich wieder von der Zwei-Staaten-Lösung als der angeblich einzigen möglichen Beilegung des Konflikts die Rede, obwohl über Jahre seitens der deutschen Regierung nichts unternommen wurde, um diesem Ziel tatsächlich näher zu kommen, während zugleich der Siedlungsbau im Westjordanland durch die israelischen Regierungen immer weiter geduldet oder gar gezielt vorangetrieben wurde.⁷

Nicht weniger wichtig als die Situation im Gazastreifen dürfte daher mittelfristig die Lage im Westjordanland sein. Es ist verheerend, wenn die dortigen Siedler im Schatten des Gazakrieges die Gelegenheit nutzen, um weitere Palästinenserinnen und Palästinenser zu verdrängen, ja sogar zu töten. Deshalb müsste die israelische Regierung die Eskalation im Westjordanland sofort beenden. Doch faktisch geschieht das Gegenteil: Sie ignoriert die Gewalt der radikalen Siedler, weil deren Vertreter ein wichtiger Teil der aktuellen Koalition sind.

Solidarität mit Israel – zumal mit dieser Regierung – kann daher nur kritische Solidarität bedeuten. Und zwar im israelischen Eigeninteresse: Denn die Sorge um das Schicksal der Palästinenser ist auch deshalb so entscheidend, weil sie auch Israels Sicherheit dient. Nimmt dagegen der Krieg um Gaza, wie zu befürchten ist, immer dramatischere Formen an, werden Machiavellisten vom Schlage des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan nicht zögern, die Wut auf der arabischen Straße noch stärker zu eigenen Zwecken zu instrumentalisieren – gegen den Westen und dessen Doppelmoral im Umgang mit Israel und Palästina.

Heute rächt sich, dass Israel in der Vergangenheit mit Duldung des Westens gegen UN-Beschlüsse zu Palästina verstoßen hat. Es kann daher – auch wenn es bis dahin noch ein weiter Weg sein wird – letztlich nur eine Lösung geben: Die Israelis haben das Recht auf Sicherheit, die Palästinenserinnen und Palästinenser dagegen das ihnen völkerrechtlich zustehende Recht auf einen eigenen Staat als Heimat der Geflüchteten und Vertriebenen. Dafür aber muss die Bundesregierung gegenüber Israel vor allem eines deutlich machen: Der Krieg um Gaza darf kein Krieg gegen die Palästinenser sein, sondern ein Krieg allein gegen die Hamas. Nur so könnten die Hardliner und Bellizisten auf beiden Seiten am Ende doch noch das Nachsehen haben.

7 1978 lebten im Westjordanland 1900 jüdische Siedler, heute sind es etwa 700 000.